

Grundwissen Staat	Frage 1	Grundwissen Staat	Antwort 1																
Nennen Sie die drei unerlässlichen Merkmale eines Staates und erklären Sie diese.		• Staatsgebiet ein begrenztes Gebiet • Staatsvolk die Menschen, welche auf diesem Gebiet leben • Staatsgewalt die Ordnungsinstanz, welche auf diesem Gebiet Recht, Sicherheit und Ordnung durchsetzt																	
© Schatz Verlag																			
Grundwissen Staat	Frage 2	Grundwissen Staat	Antwort 2																
Nennen Sie die drei Gewalten und erklären Sie diese.		Legislative gesetzgebende Gewalt; stellt Regeln für das Zusammenleben auf; Rechtssetzung Exekutive ausführende Gewalt; vollstreckt die Gesetze; Rechtsanwendung Judikative richterliche Gewalt; ahndet Zuwiderhandlungen; Rechtsprechung																	
© Schatz Verlag																			
Grundwissen Staat	Frage 3	Grundwissen Staat	Antwort 3																
Machen Sie eine Tabelle mit den drei Gewalten und den dazugehörigen Behörden auf den Ebenen Bund, Kanton, Amt/Bezirk und Gemeinde.		<table> <tr> <th>Staatsgewalt Funktion</th><th> Legislative Gesetze erlassen</th><th> Exekutive Gesetze ausführen</th><th> Judikative Gesetze auslegen</th></tr> <tr> <td>Bund</td><td>National- und Ständerat</td><td>Bundesrat</td><td>Bundesgericht</td></tr> <tr> <td>Kantone</td><td>Grosser Rat Kantonsrat Landrat Landgemeinde</td><td>Regierungsrat Staatsrat</td><td>Obergericht Kantonsgericht Kreis-, Bezirks-, Regional- oder Amtsgericht</td></tr> <tr> <td>Gemeinden</td><td>Gemeindeversammlung Einwohnerrat Grosser Gemeinderat Grosser Stadtrat</td><td>Gemeinderat (Kleiner) Stadtrat</td><td>Friedensrichter Vermittlerin Sühnebeamter</td></tr> </table>	Staatsgewalt Funktion	 Legislative Gesetze erlassen	 Exekutive Gesetze ausführen	 Judikative Gesetze auslegen	Bund	National- und Ständerat	Bundesrat	Bundesgericht	Kantone	Grosser Rat Kantonsrat Landrat Landgemeinde	Regierungsrat Staatsrat	Obergericht Kantonsgericht Kreis-, Bezirks-, Regional- oder Amtsgericht	Gemeinden	Gemeindeversammlung Einwohnerrat Grosser Gemeinderat Grosser Stadtrat	Gemeinderat (Kleiner) Stadtrat	Friedensrichter Vermittlerin Sühnebeamter	
Staatsgewalt Funktion	 Legislative Gesetze erlassen	 Exekutive Gesetze ausführen	 Judikative Gesetze auslegen																
Bund	National- und Ständerat	Bundesrat	Bundesgericht																
Kantone	Grosser Rat Kantonsrat Landrat Landgemeinde	Regierungsrat Staatsrat	Obergericht Kantonsgericht Kreis-, Bezirks-, Regional- oder Amtsgericht																
Gemeinden	Gemeindeversammlung Einwohnerrat Grosser Gemeinderat Grosser Stadtrat	Gemeinderat (Kleiner) Stadtrat	Friedensrichter Vermittlerin Sühnebeamter																
© Schatz Verlag																			

Grundwissen Staat	Frage 4	Grundwissen Staat	Antwort 4
Erklären Sie den Zweck der Gewaltenteilung.		Die Gewaltentrennung verteilt die Staatsgewalt auf drei voneinander unabhängige Institutionen, um die Ansammlung von zu grosser Macht in einer Hand zu verhindern.	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 5	Grundwissen Staat	Antwort 5
Nennen Sie die sogenannte „4. Gewalt“ und erklären Sie deren wichtigste politische Funktionen.		Die Massenmedien (Zeitung, Zeitschriften, Radio/TV, Newsportale) • Information • Meinungsbildung • Kontrolle/Kritik	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 6	Grundwissen Staat	Antwort 6
Nennen Sie die beiden Grundprinzipien, nach welchen Staaten organisiert werden und vergleichen Sie diese.		Zentralismus Die Staatsgewalt wird möglichst von einer Zentrale ausgeübt, um die Vereinheitlichung zu fördern. Föderalismus Die Staatsgewalt wird auf mehrere Gebiete verteilt, um auf die jeweiligen Sitten, Gebräuche, auf Sprache und Kultur Rücksicht zu nehmen.	
© Schatz Verlag			

Grundwissen Staat		Frage 7		Grundwissen Staat		Antwort 7							
Vergleichen Sie die drei Staatsformen „Einheitsstaat“, „Staatenbund“ und „Bundesstaat“.				<table><tr><th>Einheitsstaat</th><th>Staatenbund</th><th>Bundesstaat</th></tr><tr><td> Eine zentrale Regierungsgewalt entscheidet für alle Landesteile. Diese Form eignet sich eher für Staaten mit nur einem Volk und einer Sprache, z.B. F, I </td><td> Einzelne souveräne Staaten schliessen sich für bestimmte Zwecke zu einem lockeren Bündnis zusammen. Dies können wirtschaftliche, militärische, sicherheitspolitische Zwecke sein., z.B. UNO, NATO. </td><td> Die einzelnen Teilstaaten treten einen Teil ihrer Souveränität an den Bund ab: Er hat eine eigene Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichte und Armee, z.B. CH, A. Die Teilstaaten behalten in gewissen Teilen ihre Souveränität = Aufgabenteilung. </td></tr></table>				Einheitsstaat	Staatenbund	Bundesstaat	Eine zentrale Regierungsgewalt entscheidet für alle Landesteile. Diese Form eignet sich eher für Staaten mit nur einem Volk und einer Sprache, z.B. F, I	Einzelne souveräne Staaten schliessen sich für bestimmte Zwecke zu einem lockeren Bündnis zusammen. Dies können wirtschaftliche, militärische, sicherheitspolitische Zwecke sein., z.B. UNO, NATO.	Die einzelnen Teilstaaten treten einen Teil ihrer Souveränität an den Bund ab: Er hat eine eigene Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichte und Armee, z.B. CH, A. Die Teilstaaten behalten in gewissen Teilen ihre Souveränität = Aufgabenteilung.
				Einheitsstaat	Staatenbund	Bundesstaat							
Eine zentrale Regierungsgewalt entscheidet für alle Landesteile. Diese Form eignet sich eher für Staaten mit nur einem Volk und einer Sprache, z.B. F, I	Einzelne souveräne Staaten schliessen sich für bestimmte Zwecke zu einem lockeren Bündnis zusammen. Dies können wirtschaftliche, militärische, sicherheitspolitische Zwecke sein., z.B. UNO, NATO.	Die einzelnen Teilstaaten treten einen Teil ihrer Souveränität an den Bund ab: Er hat eine eigene Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichte und Armee, z.B. CH, A. Die Teilstaaten behalten in gewissen Teilen ihre Souveränität = Aufgabenteilung.											
© Schatz Verlag													
Grundwissen Staat		Frage 8		Grundwissen Staat		Antwort 8							
Erklären Sie den Begriff Demokratie.				Demokratie ist jene Regierungsform, bei welcher das Volk der oberste Entscheidungsträger ist.									
© Schatz Verlag													
Grundwissen Staat		Frage 9		Grundwissen Staat		Antwort 9							
Nennen Sie die Merkmale einer direkten Demokratie und nennen Sie Beispiele.				Das Volk wählt die Abgeordneten, d.h. die Mitglieder des Parlaments. Dieses bereitet die Geschäfte vor. Über Verfassung, Gesetze und Geschäfte entscheidet das Volk bei der Abstimmung. Beispiele: Landsgemeindekantone AI und GL									
© Schatz Verlag													

Grundwissen Staat	Frage 10	Grundwissen Staat	Antwort 10
	Nennen Sie die Merkmale einer repräsentativen Demokratie und nennen Sie zwei Beispiele. © Schatz Verlag		Das Volk wählt die Abgeordneten, d.h. die Mitglieder des Parlaments. Diese entscheiden allein über Verfassung, Gesetze und Geschäfte bei Abstimmungen im Parlament. Beispiele: D, I, F
Grundwissen Staat	Frage 11	Grundwissen Staat	Antwort 11
	Nennen Sie die Merkmale einer halbdirekten Demokratie (Referendumsdemokratie) und nennen Sie ein Beispiel. © Schatz Verlag		Das Volk wählt die Abgeordneten, d.h. die Mitglieder des Parlaments. Dank dem zusätzlichen Initiativ- und Referendumsrecht hat das Volk auch direkte Einflussmöglichkeit auf Verfassung und Gesetzgebung. Beispiel: Schweiz
Grundwissen Staat	Frage 12	Grundwissen Staat	Antwort 12
	Nennen und erklären Sie die politischen Rechte eines mündigen Schweizer Staatsbürgers. © Schatz Verlag		Stimmrecht: über eine Sachvorlage mit „Ja“ oder „Nein“ entscheiden Aktives Wahlrecht: Man kann jemanden wählen Passives Wahlrecht: Man kann gewählt werden Initiativrecht: Man darf eine Initiative lancieren und/oder mit seiner Unterschrift unterstützen Referendumsrecht: Man darf ein Referendum ergreifen und/oder mit seiner Unterschrift unterstützen

Grundwissen Staat	Frage 13	Grundwissen Staat	Antwort 13
Erklären Sie, was das Initiativrecht auf Bundesebene bedeutet und wie es ausgeübt wird.		Die Volksinitiative ist das Recht des Volkes, in der Bundesverfassung neue Artikel oder deren Änderungen und Aufhebung anzuregen. Dies kann als formulierte Initiative (=genauer Wortlaut, über 95% der Fälle) oder als allgemeine Anregung geschehen. Nach Veröffentlichung im Bundesblatt müssen innert 18 Monaten mindestens 100'000 Stimmberechtigte das Begehren unterschreiben, damit die Initiative zu Stande kommt. Bei der Abstimmung braucht es das Volks- und Ständemehr .	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 14	Grundwissen Staat	Antwort 14
Nennen und erklären Sie die drei Verfahrensschritte, wenn eine Volksinitiative zu Stande gekommen ist.		1. Schritt Der Bundesrat unterbreitet dem National- und Ständerat Botschaft und Antrag. Er empfiehlt je nachdem: Zustimmung – Ablehnung ohne Alternativvorschlag - Annahme Gegenentwurf des Bundesrates 2. Schritt National- und Ständerat empfehlen dem Volk je nachdem: Zustimmung – Ablehnung ohne Gegenvorschlag – Annahme Gegenentwurf des Bundesrates oder des Parlaments 3. Schritt Volk und Stände (Kantone) entscheiden an der Urne. Bei der Abstimmung braucht es das Volks- und Ständemehr.	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 15	Grundwissen Staat	Antwort 15
Wenn der Bundesrat und/oder das Parlament einen direkten Gegenentwurf zur Initiative ausgearbeitet haben, hat der Stimmzettel einen festgelegten Grundinhalt. Nennen Sie diesen und erklären Sie die Funktion.		Der Stimmzettel enthält 3 Fragen: Annahme der Volksinitiative Ja/Nein Annahme des Gegenentwurfs Ja/Nein Stichfrage, ob lieber Annahme Volksinitiative oder Gegenentwurf, falls beide angenommen werden Im Falle einer solchen Doppelabstimmung ist es erlaubt, mit einem doppelten Ja abzustimmen. Deshalb ist es erforderlich, mit der Stichfrage zu klären, welcher der beiden Vorschläge (Volksinitiative und Gegenentwurf) der Vorzug zu geben ist, falls beide angenommen werden.	
© Schatz Verlag			

Grundwissen Staat	Frage 16	Grundwissen Staat	Antwort 16
Erklären Sie, was das <u>obligatorische</u> Referendum auf Bundesebene bedeutet und wie es ausgeübt wird.		Das Referendum ist in zwei Fällen obligatorisch: bei Änderungen/Ergänzungen der Bundesverfassung = obligatorisches Verfassungsreferendum beim Beitritt zu internationalen Organisationen (z.B. EU) = obligatorisches Staatsvertragsreferendum Bei der Abstimmung braucht es das Volks- und Ständemehr .	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 17	Grundwissen Staat	Antwort 17
Erklären Sie, was das <u>fakultative</u> Referendum auf Bundesebene bedeutet und wie es ausgeübt wird.		Das Referendum kann in zwei Fällen ergriffen werden: beim Erlass neuer Gesetze durch das Parlament = fakultatives Gesetzesreferendum wenn Staatsverträge rechtssetzende Auswirkungen haben = fakultatives Staatsvertragsreferendum Nach Veröffentlichung im Bundesblatt müssen innert 100 Tagen mindestens 50'000 Stimmberechtigte das Begehren unterschreiben oder aber es müssen mindestens 8 Kantone das Begehren unterstützen, damit das Referendum ergriffen wird. Bei der Abstimmung braucht es nur das Volksmehr .	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 18	Grundwissen Staat	Antwort 18
Erklären Sie, wer den Anstoss zu einem neuen Gesetz geben kann.		Interessengruppen wenden sich an Parlamentsmitglieder (indirekter Anstoss) mindestens 8 Kantone machen eine Standesinitiative (indirekter Anstoss) Bundesrat oder Bundesverwaltung (direkter Anstoss) Mitglieder des National- und Ständerates mittels Motion oder Postulat (direkter Anstoss)	
© Schatz Verlag			

Grundwissen Staat	Frage 19	Grundwissen Staat	Antwort 19
Erklären Sie, was nach dem Anstoss zu einem neuen Gesetz in der vorparlamentarischen Phase passiert. © Schatz Verlag		Gesetzesentwurf Die Bundesverwaltung und/oder eine vom Bundesrat eingesetzte Expertengruppe arbeiten einen Gesetzesentwurf aus. Vernehmlassung Der Entwurf wird zur Stellungnahme an Kantone, Verbände, Parteien, interessierte Kreise versandt. Botschaft des Bundesrates Der allenfalls korrigierte Entwurf wird vom Bundesrat mit einer Empfehlung an National- und Ständerat geschickt.	
Grundwissen Staat	Frage 20	Grundwissen Staat	Antwort 20
Erklären Sie, was beim Gesetzgebungsverfahren in der parlamentarischen Phase passiert. © Schatz Verlag		Vorberatung in den Kommissionen des National- und Ständerates Eintretensdebatte Beide Räte entscheiden, ob auf die Vorlage eingetreten wird. Bei abschlägigem Entscheid entweder Abbruch oder neuer Vorschlag Bundesrat. Bei Eintreten auf die Vorlage: Behandlung im Erst- und im Zweitrat Die Präsidenten der Kammern legen fest, welche Kammer und welche vorberatende Kommission im jeweiligen Fall mit der Beratung beginnt. Nach dem Entscheid des Erstrats erfolgt die Behandlung im Zweitrat. Differenzbereinigung Die Räte bearbeiten die Vorlage, bis die Differenzen bereinigt sind. Ist dies nach drei Verhandlungen nicht erreicht, erfolgt eine Einigungskonferenz.	
Grundwissen Staat	Frage 21	Grundwissen Staat	Antwort 21
Erklären Sie, was beim Gesetzgebungsverfahren in der nachparlamentarischen Phase passiert. © Schatz Verlag		obligatorisches Referendum/Inkrafttreten Unterliegt das Gesetz dem obligatorischen Referendum, kommt es zwingend zu einer Abstimmung. Stimmen Volk- und Stände zu, tritt das Gesetz in Kraft. fakultatives Referendum/Inkrafttreten Das neue Gesetz wird im Bundesblatt veröffentlicht. Innert einer Frist von 100 Tagen kann nun das Referendum ergriffen werden. Wird das Referendum nicht ergriffen, tritt das Gesetz in Kraft. Wird das Referendum ergriffen, kommt es darüber zur Abstimmung. Bei Annahme durch das Volk tritt das entsprechend abgeänderte Gesetz in Kraft.	

Grundwissen Staat	Frage 22	Grundwissen Staat	Antwort 22
	Nennen Sie die 6 wichtigsten Parteien in der Schweiz. Ordnen Sie diese dem Links-Rechts-Schema zu: Links/Mitte-Links/Mitte/Mitte-rechts/Rechts © Schatz Verlag		SVP Schweizerische Volkspartei; Rechts SP Sozialdemokratische Partei; Links FDP Freisinnig-Demokratische Partei; Mitte-Rechts GPS Grüne Partei der Schweiz; Links GLP Grünliberale Partei; Mitte-Links Die Mitte (CVP) Christlich-demokratische Volkspartei; Mitte -Links
Grundwissen Staat	Frage 23	Grundwissen Staat	Antwort 23
	Unterscheiden Sie die Zielsetzung von Parteien und Verbänden. © Schatz Verlag		Parteien In Parteien organisieren sich gleichgesinnte Personen, deren Ziel es ist, das Gemeinwesen nach ihren politischen Vorstellungen mitzugestalten und zu diesem Zweck danach streben, ihre Meinung in der Öffentlichkeit zu vertreten und als Partei politische Ämter in Gemeinde, Kanton und Bund zu bekleiden. Verbände In Verbänden organisieren sich gleichgesinnte Personen, damit sie ihre Interessen auf einem Teilgebiet (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Hauseigentümer, Mieter, Autofahrer) in der Öffentlichkeit darlegen und bei politischen Entscheidungen über Gesetze, staatliche Vorhaben, Subventionen wirksam einbringen können.
Grundwissen Staat	Frage 24	Grundwissen Staat	Antwort 24
	Erklären Sie das Majorzwahlverfahren und wie es auf Bundesebene angewendet wird. © Schatz Verlag		Das Majorzwahlverfahren wird angewendet, wenn für einen Posten nur 1 Person gewählt werden kann. Wird ein Bundesrat gewählt, gilt im ersten Wahlgang das absolute Mehr (mindestens die Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen) der Vereinigten Bundesversammlung plus 1). Erreicht im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten das absolute Mehr, wird so lange gewählt, bis einer der Kandidaten es erreicht. Anmerkung: Oft gilt, wenn ein zweiter Wahlgang erforderlich ist, dann das relative Mehr gilt (= der Kandidat mit den meisten Stimmen).

Grundwissen Staat	Frage 25	Grundwissen Staat	Antwort 25																						
	Erklären Sie das Proporzwahlverfahren und wie es auf Bundes-ebene angewendet wird. Nennen Sie die Vorteile dieses Verfahrens. © Schatz Verlag	Das Proporzwahlverfahren kommt zur Anwendung, wenn die National- und Ständeräte* gewählt werden. Die Sitze werden entsprechend den bei der Wahl erzielten Parteistimmen verteilt. Hat die Partei prozentual ausreichend Stimmen erhalten, erobert sie einen oder mehrere Plätze. Die Sitze erhalten jene Kandidaten der Partei, welche am meisten Kandidatenstimmen erzielt haben. Die Vorteile sind: Auch kleine Parteien haben eine Chance auf Sitze im Parlament. Die parteipolitische Zusammensetzung im Parlament spiegelt das Wahlergebnis im Volk. *Anmerkung: Da die Kantone AR, AI, OW, NW, BS und BL nur 1 Sitz haben, werden in diesen Kantonen die Ständeräte im Majorzwahlverfahren gewählt.																							
Grundwissen Staat	Frage 26	Grundwissen Staat	Antwort 26																						
	Skizzieren Sie ein Beispiel für einen ausgefüllten Wahlzettel mit folgenden Eigenschaften: leere Liste mit vier Zeilen (für 4 zu vergebende Sitze) Sie tragen ein: Liste 1 Partei A 1.1 Kandidat Meier Alfred 1.4 Kandidat Müller Theodor Geben Sie an, wie viele Stimmen a) jeder Kandidat bekommt b) wie viele Zusatzstimmen c) wie viele Stimmen für die Partei A insgesamt © Schatz Verlag	<table><tr><th>Liste 1</th><th>Partei A</th></tr><tr><td>1.1</td><td>Meier Alfred</td></tr><tr><td>1.4</td><td>Müller Theodor</td></tr><tr><td>_____</td><td>_____</td></tr><tr><td>_____</td><td>_____</td></tr></table> a) Meier Alfred: 1 Stimme a) Müller Theodor: 1 Stimme b) 2 Zusatzstimmen für Partei A c) 4 Stimmen insgesamt für Partei A	Liste 1	Partei A	1.1	Meier Alfred	1.4	Müller Theodor	_____	_____	_____	_____													
Liste 1	Partei A																								
1.1	Meier Alfred																								
1.4	Müller Theodor																								
_____	_____																								
_____	_____																								
Grundwissen Staat	Frage 27	Grundwissen Staat	Antwort 27																						
	Sie wollen Franz Keller maximal unterstützen. Scherrer Johann und Fehr Max sind Ihnen nicht sympathisch. Füllen Sie den Wahlzettel entsprechend aus: <table><tr><th>Liste 2</th><th>Partei B</th></tr><tr><td>2.1</td><td>Keller Franz</td></tr><tr><td>2.2</td><td>Scherrer Johann</td></tr><tr><td>2.3</td><td>Frei Theodor</td></tr><tr><td>2.4</td><td>Fehr Max</td></tr></table> a) Wie heissen die Vorgänge beim Ausfüllen der Liste? b) Kandidatenstimmen, Zusatzstimmen, Parteistimmen? © Schatz Verlag	Liste 2	Partei B	2.1	Keller Franz	2.2	Scherrer Johann	2.3	Frei Theodor	2.4	Fehr Max	<table><tr><th>Liste 2</th><th>Partei B</th></tr><tr><td>2.1</td><td>Keller Franz</td></tr><tr><td>2.1</td><td>Keller Franz</td></tr><tr><td>2.2</td><td>Scherrer Johann</td></tr><tr><td>2.3</td><td>Frei Theodor</td></tr><tr><td>2.4</td><td>Fehr Max</td></tr></table> a) Streichen, Kumulieren (Name maximal zweimal ausfüllen) b) Keller Franz: 2 Stimmen b) Frei Theodor 1 Stimme b) 1 Zusatzstimme b) 4 Parteistimmen	Liste 2	Partei B	2.1	Keller Franz	2.1	Keller Franz	2.2	Scherrer Johann	2.3	Frei Theodor	2.4	Fehr Max	
Liste 2	Partei B																								
2.1	Keller Franz																								
2.2	Scherrer Johann																								
2.3	Frei Theodor																								
2.4	Fehr Max																								
Liste 2	Partei B																								
2.1	Keller Franz																								
2.1	Keller Franz																								
2.2	Scherrer Johann																								
2.3	Frei Theodor																								
2.4	Fehr Max																								

Grundwissen Staat		Frage 28		Grundwissen Staat		Antwort 28																							
Sie sind Anhänger der Partei B. Kandidat 1.1 der Partei A, Meier Alfred, wollen Sie jedoch auch mit 1 Stimme unterstützen. Fehr Max ist Ihnen nicht sympathisch. Füllen Sie den Wahlzettel aus: <table><tr><th>Liste 2</th><th>Partei B</th></tr><tr><td>2.1</td><td>Keller Franz</td></tr><tr><td>2.2</td><td>Scherrer Johann</td></tr><tr><td>2.3</td><td>Frei Theodor</td></tr><tr><td>2.4</td><td>Fehr Max</td></tr></table> a) Wie heisst die Vorgänge beim Ausfüllen? b) Nennen Sie die Anzahl Parteistimmen. © Schatz Verlag				Liste 2	Partei B	2.1	Keller Franz	2.2	Scherrer Johann	2.3	Frei Theodor	2.4	Fehr Max	<table><tr><th>Liste 2</th><th>Partei B</th></tr><tr><td>2.1</td><td>Keller Franz</td></tr><tr><td>2.2</td><td>Scherrer Johann</td></tr><tr><td>2.3</td><td>Frei Theodor</td></tr><tr><td>1.1</td><td>Meier Alfred</td></tr><tr><td>2.4</td><td>Fehr Max</td></tr></table> a) Streichen, Panaschieren b) Partei A: 1 Stimme b) Partei B: 3 Stimmen				Liste 2	Partei B	2.1	Keller Franz	2.2	Scherrer Johann	2.3	Frei Theodor	1.1	Meier Alfred	2.4	Fehr Max
				Liste 2	Partei B																								
2.1	Keller Franz																												
2.2	Scherrer Johann																												
2.3	Frei Theodor																												
2.4	Fehr Max																												
Liste 2	Partei B																												
2.1	Keller Franz																												
2.2	Scherrer Johann																												
2.3	Frei Theodor																												
1.1	Meier Alfred																												
2.4	Fehr Max																												
Grundwissen Staat		Frage 29		Grundwissen Staat		Antwort 29																							
Erklären Sie die Begriffe: Absolutes Mehr Relatives Mehr Qualifiziertes Mehr © Schatz Verlag				Absolutes Mehr Im Minimum die Hälfte der gültigen Stimmen plus 1 Relatives Mehr Der Kandidat mit den meisten Stimmen ist gewählt Qualifiziertes Mehr Die Zahl der Stimmen muss einen vorher festgelegten Wert über dem absoluten Mehr erreichen, z.B. 2/3 der Stimmen																									
Grundwissen Staat		Frage 30		Grundwissen Staat		Antwort 30																							
Erklären Sie die Begriffe: Volksmehr Ständemehr Doppeltes Mehr				Volksmehr Die Mehrheit der Stimmenden Ständemehr Die Mehrheit der Stände (Kantone). d.h. mindestens 12. Ob ein Kanton zugestimmt hat, bestimmt das Volksmehr des betreffenden Kantons. Doppeltes Mehr Volks- und Ständemehr zusammen																									

Grundwissen Staat	Frage 31	Grundwissen Staat	Antwort 31
Nennen Sie die Zusammensetzung von National- und Ständerat. Erklären Sie, warum das Schweizer Parlament zwei gleichberechtigte Kammern hat.		Der Nationalrat repräsentiert die Gesamtbevölkerung der Schweiz. Er hat 200 Sitze. Ein bevölkerungsreicher „grosser“ Kanton hat mehr Sitze als ein Kanton mit weniger Bevölkerung. Der Ständerat repräsentiert die Kantone (Stände). Er hat 46 Sitze. Die Vollkantone haben 2 Sitze, die Halbkantone BL, BS, OW, NW, AI, AR haben je 1 Sitz. Der Nationalrat orientiert sich am demokratischen Prinzip, nach dem alle Stimmberechtigten dasselbe Gewicht haben. Der Ständerat hingegen orientiert sich am föderalistischen Prinzip, das kleine und grosse Kantone auf eine gleichberechtigte Ebene stellt.	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 32	Grundwissen Staat	Antwort 32
Erklären Sie, wann man von der Vereinigten Bundesversammlung spricht und welche Aufgaben sie hat.		Wenn National- und Ständerat Aufgaben in einer gemeinsamen Sitzung erledigen müssen, spricht man von der Vereinigten Bundesversammlung. Aufgaben: Wahlen Bundesrat, Bundesgericht, Bundespräsident Begnadigungen Erlass/Teilerlass von Strafen, welche das Bundesgericht ausgesprochen hat Zuständigkeitskonflikte Kommt es zwischen Legislative, Exekutive, Judikative zu Zuständigkeitskonflikten, liegt die endgültige Entscheidung bei der Vereinigten Bundesversammlung	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 33	Grundwissen Staat	Antwort 33
Nennen Sie alle aktuellen Bundesräte.		2026: Elisabeth Baume-Schneider, SP Ignazio Cassis, FDP Beat Jans, SP Karin Keller-Sutter, FDP Guy Parmelin, SVP Martin Pfister, Mitte Albert Rösti, SVP	
© Schatz Verlag			

Grundwissen Staat	Frage 34	Grundwissen Staat	Antwort 34
Erklären Sie das Departemental- und das Kollegialprinzip. Erklären Sie den Sinn des Kollegialprinzips.		Die einzelnen Bundesräte stehen jeweils einem ihnen zuteilten Departement vor. Sie führen die Beschlüsse des Bundesratskollegiums aus. Das Kollegialprinzip hat Vorrang: D.h. die Departementsvorsteher haben sich an die Beschlüsse des Kollegiums zu halten. Alle Mitglieder des Bundesrates einschliesslich des jeweiligen Bundespräsidenten haben gleiches Stimmrecht. Gegen aussen haben sie die gemeinsamen Beschlüsse zu vertreten, auch wenn sie selber anderer Meinung waren und sind. Damit wird erreicht, dass der Bundesrat bei seinen Beschlüssen weniger dem Druck der eigenen Partei, der Medien und anderen Interessengruppen ausgesetzt ist.	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 35	Grundwissen Staat	Antwort 35
Erklären Sie den Begriff „Zauberformel“ und deren Sinn.		Grundidee der Zauberformel ist es, dass die grössten vier Parteien der Schweiz entsprechend ihren grossen Wähleranteilen in die Regierung, d.h. den Bundesrat, eingebunden sein sollen. Damit gibt es im Parlament keine grosse sogenannte „Oppositionspartei“, welche nicht an der Regierung beteiligt ist (=Konkordanzdemokratie). Damit wird eine hohe politische Stabilität erreicht. Gegenwärtig ist die Verteilung wie folgt: FDP 2; Die Mitte (CVP) 1; SP 2; SVP 2	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 36	Grundwissen Staat	Antwort 36
Erklären Sie den Unterschied zwischen einer Konkordanz- und einer Konkurrenzdemokratie.		Konkordanzdemokratie Die grossen, im Parlament vertretenen Parteien (Legislative) sind entsprechend ihrer Anzahl Sitze auch in der Regierung (Exekutive) vertreten. Damit gibt es keine grossen Oppositionsparteien; alle sind in die Regierungsgeschäfte miteinbezogen, was eine entsprechende Kompromissbereitschaft erfordert und oft einen langwierigen Entscheidungsprozess nötig macht. Konkurrenzdemokratie Im Gegensatz zur Konkordanzdemokratie existieren Regierungspartei und Opposition. Die Regierungspartei bildet grundsätzlich die Regierung (Minister). Hat sie nicht die absolute Mehrheit, bildet sie die Regierung zusammen mit einem Koalitionspartner d.h mit einer kleineren Partei, mit der zusammen sie die absolute Mehrheit im Parlament erreicht.	
© Schatz Verlag			

Grundwissen Staat	Frage 37	Grundwissen Staat	Antwort 37
Nennen Sie die sieben Departemente der Bundesverwaltung und deren Aufgaben.		EDA Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten Staatsverträge, Entwicklungshilfe, europäische Integration EDI Eidg. Departement des Innern Soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Kultur, Gleichstellung EJPD Eidg. Justiz- und Polizeidepartement Polizei, Justiz, Migration, Asyl VBS Eidg. D. f. Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport Landesverteidigung, Militär, Friedensförderung, Sport EFD Eidg. Finanzdepartement Zoll, Steuern, Finanzen, Bau, Logistik UVEK Eidg. D. f. Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation Energie, Verkehr, Umweltschutz, Service Public WBF Eidg. D. für Wirtschaft, Bildung und Forschung Landwirtschaft, Preisüberwachung, Bildungsbereich	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 38	Grundwissen Staat	Antwort 38
Erklären Sie die Merkmale einer Diktatur und nennen Sie drei Formen.		Merkmale Eine einzelne oder eine kleine Gruppe von Personen übt ohne demokratische Legitimation (freie Wahlen ohne Manipulation) die Macht aus. Es besteht keine Gewaltenteilung. Die Grundrechte auf freie Meinungsäusserung und Versammlungsfreiheit sind eingeschränkt. Unterdrückung mit Hilfe von Militär, Polizei, Verwaltung Parteidiktatur Es ist nur eine Partei zugelassen. Deren Vertreter sind gleichzeitig die Machthaber. Theokratie An die Stelle einer Einheitspartei tritt eine religiöse Gruppe. Militärdiktatur Ein militärischer Führer oder eine Gruppe übt die Macht aus.	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 39	Grundwissen Staat	Antwort 39
Erklären Sie den Begriff Monarchie.		Die Legitimation der Alleinherrschaft eines Monarchen/einer Monarchin beruht auf dem „Gottesgnadentum“ (ein von Gott verliehenes Recht) und wird meist auf Lebenszeit ausgeübt. Es existiert keine Gewaltenteilung. In der Erbmonarchie wird der Thron – in erster Priorität meist an den ältesten männlichen Nachkommen – vererbt. In der Wahlmonarchie wählt das Volk aus einem kleinen, privilegierten Kreis von Familien, Personen den Nachfolger. Im Laufe der geschichtlichen und wirtschaftlichen Entwicklung sind Formen der Monarchie entstanden, welche die Alleinherrschaft des Monarchen/der Monarchin mehr oder weniger einschränken.	
© Schatz Verlag			

Grundwissen Staat	Frage 40	Grundwissen Staat	Antwort 40
Nennen Sie drei Formen der Monarchie und erklären Sie die wesentlichen Merkmale.		absolute Monarchie Der Monarch ist uneingeschränkte oberste Instanz aller drei Gewalten und in seinem Tun nur Gott gegenüber verantwortlich; er kann von keiner menschlichen Instanz zur Rechenschaft gezogen werden. konstitutionelle Monarchie Es existiert eine in der Verfassung festgelegte Gewaltenteilung zwischen dem Monarchen, der Regierung und dem Parlament, welche die Macht des Monarchen mehr oder weniger einschränkt. parlamentarische Monarchie Der Monarch übt keine Macht mehr aus; seine Funktion ist nur noch repräsentativ. Verwurzelt in der Tradition kann er unter Umständen eine sehr integrative Funktion in einem Land haben.	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 41	Grundwissen Staat	Antwort 41
Was wurde nach den Napoleonischen Kriegen von den Siegermächten 1815 bezüglich der Schweiz festgelegt?		Der „Wiener Kongress“ legte fest, dass die Schweiz immerwährend den Status bewaffneter Neutralität hat.	
Wie muss sich die Schweiz verhalten?		Dementsprechend darf sie in einem bewaffneten Konflikt für keine der beteiligten Staaten Partei ergreifen.	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 42	Grundwissen Staat	Antwort 42
Welche Vorteile bringt und brachte die Neutralität der Schweiz?		von keinem Krieg direkt betroffen dementsprechende wirtschaftliche Vorteile Sitz vieler internationaler Organisationen grosses Ansehen wegen der Vermittlerdienste	
© Schatz Verlag			

Grundwissen Staat	Frage 43	Grundwissen Staat	Antwort 43
Wer kann Mitglied im Europarat werden und wie viele Mitglieder sind es gegenwärtig? © Schatz Verlag		Jeder europäische Staat kann Mitglied im Europarat werden. Gegenwärtig sind es 46 Mitglieder. (Russland wurde im März 2022 ausgeschlossen.)	
Grundwissen Staat	Frage 44	Grundwissen Staat	Antwort 44
Wie viele Staaten mit insgesamt wie vielen Einwohnern sind Mitglieder der EU? © Schatz Verlag		Nach dem Brexit sind es 27 Staaten mit rund 450 Mio. Einwohnern.	
Grundwissen Staat	Frage 45	Grundwissen Staat	Antwort 45
Welche wirtschaftliche Bedeutung hat die EU in der Weltwirtschaft? © Schatz Verlag		Die EU gehört zu den grössten Volkswirtschaften der Welt. Der Euro ist nach dem US-Dollar die zweitwichtigste Weltwährung und die Gemeinschaftswährung von 20 EU-Staaten.	

Grundwissen Staat	Frage 46	Grundwissen Staat	Antwort 46
	Nennen Sie die vier Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes. © Schatz Verlag		freier Personenverkehr freier Warenverkehr freier Dienstleistungsverkehr freier Kapitalverkehr
Grundwissen Staat	Frage 47	Grundwissen Staat	Antwort 47
	Wie ist das Verhältnis der Schweiz zur EU geregelt? Zu welchen Bereichen erhalten sie Regelungen? © Schatz Verlag		Da die Schweiz nicht Mitglied ist, ist das Verhältnis durch bilaterale Verträge geregelt. Sie enthalten Sonderregelungen zu den vier Grundfreiheiten: Bilaterale I Personenfreizügigkeit, Luftverkehr, Landverkehr, Landwirtschaft, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Forschung Bilaterale II Zinsbesteuerung, Beitritt zum Schengener Abkommen (Wegfall Personenkontrollen am Zoll, Asyl), Mithilfe bei Aufklärung Betrugsfälle, Zollsensungen für Schweizerische landwirtschaftliche Produkte, Förderung der Mobilität im Bildungswesen ab Sekundarstufe I durch Angleichungen, Angleichung der Messverfahren bei statistischen Erhebungen
Grundwissen Staat	Frage 48	Grundwissen Staat	Antwort 48
	Nennen Sie die wichtigsten Organe der EU. © Schatz Verlag		Europäischer Rat Ministerrat Europäische Kommission Europäisches Parlament

Grundwissen Staat	Frage 49	Grundwissen Staat	Antwort 49
Nennen Sie die Ziele der UNO (Vereinte Nationen).		Gemeinsame Lösung internationaler Probleme im wirtschaftlichen und humanitären Bereich Förderung der internationalen Zusammenarbeit zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und zur Wahrung der Menschenrechte	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 50	Grundwissen Staat	Antwort 50
Nennen Sie die Grundbedingungen für die Aufnahme eines Staates in die UNO.		Verpflichtung zur Annahme der UNO-Charta und deren Einhaltung Verpflichtung zur Anerkennung der Beschlüsse des Sicherheitsrates Aufnahme durch 2/3-Mehrheit der UNO-Generalversammlung	
© Schatz Verlag			
Grundwissen Staat	Frage 51	Grundwissen Staat	Antwort 51
Nennen Sie die Massnahmemöglichkeiten der UNO, um ihre politischen Ziele durchzusetzen.		Resolution: = verbindlicher Beschluss, bei Nichteinhaltung Aussetzung oder Annullierung der Mitgliedschaft Entsendung der UNO-Friedenstruppen Sanktionen: Handelsembargo Waffenembargo Eingreifen von Militär der Mitgliedstaaten auf Bitte der UNO	
© Schatz Verlag			

Grundwissen Staat	Frage 52	Grundwissen Staat	Antwort 52
Nennen Sie die Organe der UNO.	© Schatz Verlag	Sicherheitsrat beschliessendes Organ der UNO Generalversammlung jeder Mitgliedsstaat 1 Stimme gibt Empfehlungen an den Sicherheitsrat ab wählt den Generalsekretär wählt die 10 nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrates Internationaler Gerichtshof Gerichtsbarkeit der UNO Generalsekretär oberster Repräsentant der UNO Wirtschafts- und Sozialrat koordiniert Tätigkeiten der UN-Sonderorganisationen	
Grundwissen Staat	Frage 53	Grundwissen Staat	Antwort 53
Nennen Sie die Zusammensetzung des UNO-Sicherheitsrates und erklären Sie, wie Beschlüsse gefällt werden.	© Schatz Verlag	Der Sicherheitsrat hat 5 ständige Mitglieder (USA, Russland, China, Frankreich, Grossbritannien) und 10 nichtständige. Sie werden jeweils für 1 Jahr gewählt (5 Asien und Afrika, 2 Lateinamerika, 2 Westeuropa, 1 Osteuropa). Einem Beschluss müssen mindestens 9 Mitglieder zustimmen. Jedoch hat jedes der 5 ständigen Mitglieder das Vetorecht.	
Grundwissen Staat	Frage 54	Grundwissen Staat	Antwort 54
Nennen Sie vier wichtige NGOs (Nichtregierungsorganisationen) und deren Tätigkeitsbereich.	© Schatz Verlag	Amnesty International (AI) Schutz der Menschenrechte, Gefangenenhilfe Médecins sans Frontières medizinische Hilfe in Kriegs- und Krisengebieten Greenpeace Bewusstmachung von Umweltproblemen und Engagement für deren Lösung World Wildlife Fund (WWF) Weltweites Engagement gegen Umweltzerstörung, gegen schädliches Konsumverhalten, für nachhaltige Ressourcennutzung, Erhaltung der Artenvielfalt	